

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 15

DIENSTAG, DEN 20. FEBRUAR

2018

Inhalt:

	Seite		Seite
Sitzung der Bürgerschaft	277	Beabsichtigung der Widmung einer Wegefläche in der Straße Bahrenfelder Chaussee	278
Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht	277	Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens	278
Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht	278	Öffentliche Auslegung eines Bebauungsplan-Entwurfs	279
		Vorschläge für die Wahl einer/eines ständigen Vertreterin/Vertreters für die Gruppe der Vertreter der freien Jugendhilfe im Jugendhilfeausschuss Harburg	279

BEKANNTMACHUNGEN

Sitzung der Bürgerschaft

Die nächste Sitzung der Bürgerschaft findet am Mittwoch, dem 28. Februar 2018, um 13.30 Uhr statt.

Hamburg, den 20. Februar 2018

Die Bürgerschaftskanzlei

Amtl. Anz. S. 277

Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Mit Antrag vom 25. Januar 2018 hat die Hamburg Port Authority bei der Planfeststellungsbehörde die förmliche Zulassung für das oben genannte Vorhaben beantragt. Gegenstand des Vorhabens ist der Abriss und Neubau der altersbedingt abgängigen Uferwände des Veddelkanals im Bereich unterhalb der Veddelkanalbrücken an der Mündung des Veddelkanals in den Klütjenfelder Hafen.

Nach § 7 Absatz 1 UVPG besteht für ein Neuvorhaben nach Nummer 13.18.1 der Anlage 1 zum UVPG die UVP-Pflicht, wenn das Neuvorhaben nach Einschätzung der zuständigen Behörde erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 25 Absatz 2 UVPG bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären. Dies gilt gemäß § 9 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und Satz 2 UVPG sowie § 9 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 und Satz 2 UVPG auch für Änderungen derartiger Vorhaben, wenn eine Vorprüfung nach § 9 Absatz 4 in Verbindung mit § 7 UVPG ergibt, dass die Änderung erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen kann.

Als Ergebnis der allgemeinen Vorprüfung ist von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Vorhaben abzusehen. Im Rahmen der allgemeinen Vorprüfung ist zu prüfen, ob das Vorhaben nach überschlüssiger Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 zum UVPG aufgeführten Kriterien erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen kann. Bei der Vorprüfung ist auch zu berücksichtigen, ob erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen durch Merkmale des Vorhabens oder des Standorts oder durch Vorkehrungen des Vorhabenträgers offensichtlich ausgeschlossen werden (§ 7 Absatz 5 Satz 1 UVPG).

Im Ergebnis sind keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu befürchten:

- Die Sedimentverwirbelungen sind kleinräumig und kurzzeitig und hinterlassen keine bleibenden Auswirkungen;
- ein geringer Verlust an Gehölzen und Gebüsch wird durch naturschutzrechtliche Bestimmungen zur Eingriffsregelung vollumfänglich ausgeglichen;
- eventuell vorhandene Großmuscheln werden abgesammelt und umgesiedelt – eine diesbezügliche Auflage wird durch die Planfeststellungsbehörde verfügt;
- die Lärmimmissionen bleiben im Rahmen der Grenzwerte der einschlägigen Vorschriften; lediglich an einem einzigen Immissionsort werden sie kurzzeitig marginal überschritten.
- Eine Beeinträchtigung der Schutzgüter Boden, Klima und Landschaft kann Schutzgut Luft auf Grund der gegebenen Vorbelastung im industriell geprägten ausgeschlossen werden, da die Baumaßnahme kleinräumig innerhalb eines industriell überprägten Hafengebietes durchgeführt wird. Gleiches gilt trotz der Emissionen

der Baumaschinen für das Umfeld und auf Grund der Kurzzeitigkeit ihres Einsatzes.

- Kumulierungen mit anderen Vorhaben sind ebenfalls nicht zu befürchten.

Unter diesen Umständen ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht durchzuführen.

Das Vorhaben kann nach Einschätzung der Planfeststellungsbehörde auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 UVPG aufgeführten Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, sodass keine UVP-Pflicht besteht.

Hamburg, den 8. Februar 2018

**Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
als Planfeststellungsbehörde**

Amtl. Anz. S. 277

Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Hamburg Port Authority hat bei der Planfeststellungsbehörde der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation für den Rückbau zweier Stumpfgleise im Bahnhof Hamburg-Süd eine Plangenehmigung beantragt. Gegenstand des Vorhabens ist der Rückbau der Stumpfgleise HBS 304 G und HBS 305 G der Hamburger Hafeneisenbahn inklusive des Rückbaus der Weiche HBS 220 W zum Anschluss dieser Gleise an das Gleis HBS 142 G, und der Weiche HBS 221 W, die die Einfahrt in die Gleise HBS 304 G und HBS 305 G ermöglicht.

Nach der allgemeinen Vorprüfung gemäß § 7 in Verbindung mit Anlage 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Vorhaben aus folgenden wesentlichen Gründen abgesehen: Die Maßnahme wird im Bereich einer anthropogen überformten Eisenbahnbetriebsanlage durchgeführt. Die Schutzgüter Menschen und insbesondere die menschliche Gesundheit sind durch die Maßnahme nicht beeinträchtigt. Tiere und Pflanzen sind infolge der anthropogenen Überformung und des herrschenden Verkehrs bzw. Betriebes im Bereich der Maßnahme regelmäßig nicht zu erwarten. Die Schutzgüter Boden und Wasser sind nicht beeinträchtigt, da die Maßnahme vollständig oberirdisch und nicht in Wassernähe durchgeführt wird. Eine Beeinträchtigung der Schutzgüter Luft und Klima kann trotz der Emissionen der Baumaschinen ausgeschlossen werden, da die Baumaßnahme kleinräumig und in einem sehr kurzen Zeitraum durchgeführt wird. Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter sind nicht vorhanden. Kumulierungen mit anderen Vorhaben sind ebenfalls nicht zu befürchten.

Das Vorhaben kann nach Einschätzung der Planfeststellungsbehörde auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 UVPG aufgeführten Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, sodass keine UVP-Pflicht besteht.

Hamburg, den 13. Februar 2018

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Amtl. Anz. S. 278

Beabsichtigung der Widmung einer Wegefläche in der Straße Bahrenfelder Chaussee

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) wird im Bezirk Altona, Gemarkung Bahrenfeld, Ortsteil 216, eine etwa 781 m² große, in der Straße Bahrenfelder Chaussee liegende Wegefläche (Flurstück 2560) mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Die Pläne über den Verlauf der zu widmenden Fläche liegen für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Foyer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Altona, Jessenstraße 1-3, 22767 Hamburg, zur Einsicht für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen (schriftlich oder zu Protokoll) dort vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 7. Februar 2018

Das Bezirksamt Altona Amtl. Anz. S. 278

Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens

Das Bezirksamt Bergedorf beschließt nach § 2 Absatz 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3635), für ein Gebiet zwischen Weidenbaumsweg und Schleusengraben den Bebauungsplan Bergedorf 110 vom 25. März 2013 (HmbGVBl. S. 133) zu ändern.

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Nordgrenze der Flurstücke 5487, 5628 und 5302 der Gemarkung Bergedorf, Schleusengraben, Südgrenze des Flurstücks 7638, Westgrenze des Flurstücks 7762 (Weidenbaumsweg), über das Flurstück 4057 (Dusiplatz), Westgrenze des Flurstücks 7762 der Gemarkung Bergedorf (Weidenbaumsweg).



Durch die Änderung des Bebauungsplans Bergedorf 110 sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die weitere wohnbauliche Entwicklung der Schleusengrabenachse geschaffen werden. Geschosswohnungsbau ist nun ebenfalls auf einer bisher als Gewerbegebiet festgesetzten Teilfläche nördlich des Quartiers „Glasbläserhöfe“, südlich des Gewerbebetriebs Sander Damm 5 und westlich des Schleusengrabens vorgesehen. Damit sich die Art der baulichen Nutzung in die Umgebung einfügt und auch ein gewerbliches Potential erhalten bleibt, soll auf der Teilfläche ein Mischgebiet festgesetzt werden.

Eine Karte, die die Flurstücke des Plangebiets sowie die von der Planänderung betroffenen Flurstücke der Teilfläche zeigt, kann beim Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Bergedorf, Wentorfer Straße 38a,

21029 Hamburg, montags bis donnerstags von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr und freitags von 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr eingesehen werden.

Für die Planänderung ist ein beschleunigtes Verfahren nach § 13 a Absatz 1 Nummer 1 BauGB ohne Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB und ohne frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung im Sinne von § 3 Absatz 1 BauGB vorgesehen, da die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen. Im Verfahren wird weiterhin von einem Umweltbericht nach § 2 a BauGB, von der Angabe, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 a BauGB abgesehen.

Für Informationen über die Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung steht das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung zur Verfügung. Beratungstermine können unter den Telefonnummern 040/42891-4527 oder -4520 vereinbart werden. Im Rahmen der öffentlichen Auslegung eines Bebauungsplan-Entwurfs wird der Öffentlichkeit die Möglichkeit gegeben, sich zur Planung zu äußern.

Hamburg, den 6. Februar 2018

Das Bezirksamt Bergedorf

Amtl. Anz. S. 278

Öffentliche Auslegung eines Bebauungsplan-Entwurfs

Das Bezirksamt Bergedorf hat beschlossen, folgenden Bauleitplan-Entwurf gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3635) öffentlich auszulegen.

Entwurf zur Änderung des Bebauungsplans Bergedorf 110
Bezirk Bergedorf, Ortsteil 602.



Das Plangebiet liegt im Bereich zwischen Weidenbaumsweg und Schleusengraben und wird wie folgt begrenzt: Nordgrenze der Flurstücke 5487, 5628 und 5302 der Gemarkung Bergedorf, Schleusengraben, Südgrenze des Flurstücks 7638, Westgrenze des Flurstücks 7762 (Weidenbaumsweg), über das Flurstück 4057 (Dusiplatz), Westgrenze des Flurstücks 7762 der Gemarkung Bergedorf (Weidenbaumsweg).

Durch die Änderung des Bebauungsplans Bergedorf 110 sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die weitere wohnbauliche Entwicklung der Schleusengrabenachse geschaffen werden. Geschosswohnungsbau ist nun ebenfalls auf einer bisher als Gewerbegebiet festgesetzten Teilfläche nördlich des Quartiers „Glasbläserhöfe“, südlich des Gewerbebetriebs Sander Damm 5 und westlich des Schleusengrabens vorgesehen. Damit sich die Art der baulichen Nutzung in die Umgebung einfügt und auch ein gewerbliches Potential erhalten bleibt, soll auf der Teilfläche ein Mischgebiet festgesetzt werden.

Der Bebauungsplan-Entwurf (textliche Festsetzungen einschließlich Anlage und Begründung) sowie die Informationen über umweltrelevante Aspekte werden in der Zeit vom 1. März 2018 bis 3. April 2018 montags bis donnerstags von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr und freitags von 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr im Bezirksamt Bergedorf, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt, Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung, Wentorfer Straße 38 a, II. Obergeschoss, Vitrine gegenüber Zimmer 213, 21029 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Während der öffentlichen Auslegung können Stellungnahmen zu dem ausliegenden Entwurf schriftlich oder zur Niederschrift beim Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamts vorgebracht werden. Für Auskünfte und Beratungen stehen die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Fachamtes nach Vereinbarung zur Verfügung.

Der Bebauungsplan-Entwurf kann im oben genannten Zeitraum auch im Internet unter Verwendung des kostenlosen Online-Dienstes „Bauleitplanung“ eingesehen werden. Zudem besteht hier die Möglichkeit, Stellungnahmen „online“ abzugeben. Der Online-Dienst kann unter der folgenden Adresse aufgerufen werden:

<https://bauleitplanung.hamburg.de>

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können unter den Voraussetzungen von § 4a Absatz 6 BauGB bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben.

Hamburg, den 6. Februar 2018

Das Bezirksamt Bergedorf

Amtl. Anz. S. 279

Vorschläge für die Wahl einer/eines ständigen Vertreterin/Vertreters für die Gruppe der Vertreter der freien Jugendhilfe im Jugendhilfeausschuss Harburg

Durch den Rücktritt eines ständigen Vertreters für die Gruppe der Vertreter der freien Jugendhilfe im Jugendhilfeausschuss Harburg ist eine Nachwahl nötig geworden.

Die Geschäftsordnung des Jugendhilfeausschusses, die am 3. September 2014 verabschiedet wurde, sieht unter § 11 (Vertretung) vor, dass jedes stimmberechtigte Mitglied im Jugendhilfeausschuss sich durch die von der Bezirksversammlung gewählte persönliche Stellvertretung vertreten lassen kann.

Vorschlagsberechtigt sind alle Träger der freien Jugendhilfe, die im Bezirk wirken. Ebenfalls vorschlagsberechtigt sind die im Bezirk wirkenden anerkannten Träger der Jugendhilfe und des Bezirksamtes (§ 6 Absatz 2 AG SGB VIII).

Bitte reichen Sie Ihre Vorschläge für die Wahl einer/eines ständigen Vertreterin/Vertreters für die Gruppe der Vertreter der freien Jugendhilfe bis Freitag, 23. März 2018, beim Bezirksamt Harburg, Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit, Geschäftszimmer Jugendhilfeausschuss, Stichwort: Ständiger Vertreter, Harburger Ring 33, 21073 Hamburg, ein.

Vermerken Sie auf dem Vorschlag neben dem Namen auch die Anschrift, das Geburtsdatum und die Rufnummer

der Person, die Sie vorschlagen. Sie erleichtern den zeitlichen Aufwand, wenn Nachfragen auftauchen.

Da eine der Voraussetzungen für die Wählbarkeit das Wohnen oder die Tätigkeit im Bereich der Jugendhilfe im Bezirk Harburg ist, wären wir Ihnen sehr verbunden, uns Angaben über das Tätigkeitsfeld zu machen, wenn die vorgeschlagene Person nicht im Bezirk Harburg wohnt.

Rückfragen können Sie gerne an Herrn Thomsen (Telefon: 040/42871-2888) oder Frau Haase (Telefon: 040/42871-3711) richten.

Hamburg, den 14. Februar 2018

Das Bezirksamt Harburg

Amtl. Anz. S. 279

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Konzessionsvergabe mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb gemäß § 12 KonzVgV

Die Freie und Hansestadt Hamburg, Zentrale Vergabestelle der Behörde für Inneres und Sport (ZVST) – organisatorisch angebunden bei der Polizei – beabsichtigt für die Glücksspielaufsicht der Freien und Hansestadt Hamburg den Betrieb einer Spielbank und weiterer Dependancen für den Zeitraum 1. Januar 2020 – 31. Dezember 2035 neu zu vergeben:

Auftragsgegenstand:

Betrieb einer Spielbank und weiterer Dependancen

Ausschreibungsnummer: **TW 703981/17**

Vergabeart:

Konzessionsvergabe mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb gemäß § 12 KonzVgV

Ansprechpartner zum Teilnahmewettbewerb:
Matthias Schulz

Ende der Teilnahmefrist: 27. Juni 2018, 14.00 Uhr

Ausführungsort: Hamburg

Ausführungsdauer: 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2034

1. **Anschrift der ausschreibenden Dienststelle**

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Inneres und Sport – Polizei –
Zentrale Vergabestelle – VT 212
Mexikoring 33, 22297 Hamburg

2. **Unterlagen Teilnahmewettbewerb**

Die Unterlagen für den Teilnahmewettbewerb können auf folgender Internetseite heruntergeladen werden:

<http://www.hamburg.de/lieferungen-und-leistungen>

3. **Art und Umfang der Leistung**

CPV-Code: 92351200-8

Dienstleistungen von Spielkasinos

Die derzeitige Erlaubnis zum Betrieb einer öffentlichen Spielbank und weiterer Dependancen in der Freien und Hansestadt Hamburg endet am 31. Dezember 2019. Ausgeschrieben wird der Betrieb der öffentlichen Spielbank (Hauptstandort und Dependancen) ab 1. Januar 2020.

4. **Ziel der Konzessionsvergabe**

Ziel der Konzession zum Betrieb einer Spielbank ist es, das Entstehen von Glücksspielsucht zu verhindern, eine wirksame Voraussetzung für die Suchterkennung und -bekämpfung zu schaffen, durch ein begrenztes Glücksspielangebot, eine geeignete Alternative zum unerlaubten Glücksspiel zu bieten, den natürlichen Spieltrieb der Bevölkerung einem Glücksspiel nachzugehen, in geordnete und überwachte Bahnen zu lenken, der Entwicklung und Ausbreitung von unerlaubten

Glücksspielen in Schwarzmärkten entgegenzuwirken, den Spieler- und Jugendschutz zu gewährleisten, dafür zu sorgen, dass Glücksspiele ordnungsgemäß durchgeführt werden, die Spieler vor betrügerischen Machenschaften zu schützen, die mit dem Glücksspiel verbundene Folge- und Begleitkriminalität, insbesondere Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, abzuwehren und einen sicheren und transparenten Spielbetrieb zu gewährleisten. Zur Sicherung dieser Ziele des Konzessionsvertrages und der Konzessionierung, behält sich die Konzessionsgeberin vor, Gesellschaften im Sinne dieses Konzessionsvergabeverfahrens und ihre Verflechtungen bis zur letzten Ebene so lange zu prüfen, bis am Ende nur noch natürliche Personen stehen.

5. **Ende der Teilnahmefrist der Bewerbung und Submissionsstelle**

Abgabefrist: 27. Juni 2018, 14.00 Uhr

Submissionsstelle:

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Inneres und Sport – Polizei –
Verwaltung und Technik – VT 112, Submissionsstelle
Bruno-Georges-Platz 1, 22297 Hamburg

6. **Form der Teilnahmeanträge**

Die Teilnahmeanträge sind schriftlich einzureichen.

7. **Aufforderung zur Angebotsabgabe**

Die ausgewählten Bewerber werden voraussichtlich frühestens im Oktober 2018 zur Abgabe eines Erstangebotes aufgefordert. Die Konzessionsgeberin behält sich vor, diesen Termin noch zu verschieben.

Die Anzahl der Bewerber, die tatsächlich zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, wird auf fünf begrenzt.

8. **Zur Beurteilung der Eignung der Bewerber sind mit dem Teilnahmeantrag sowie den unterschriebenen Bewerbungs- und Angebotsbedingungen folgende Unterlagen/Erklärungen einzureichen**

Zwingende Pflichtangaben, zwingende Ausschlussgründe und zwingende Eignungsnachweise

Nr.	Erklärungen
1. a)	Angaben eines Einzelbewerbers, insbesondere Antrag an das Gewerbezentralregister und auf Erteilung eines Führungszeugnisses
1. b)	Angaben des Bewerbers in Form einer Gesellschaft, insbesondere aktueller Handelsregisterauszug sowie Anträge an das Gewerbezentralregister und auf Erteilung der Führungszeugnisse für Gesellschafter und Organwalter sowie der Stellvertreter der Organwalter
2.	Vertretungsberechtigte natürliche Person des Bewerbers, die für die Konzessionsvergabe und ggf.

- die spätere Durchführung des Konzessionsvertrages und der Konzessionierung verantwortlich ist
3. Erklärung des Bewerbers über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen
 4. Erklärung der Bereitschaft des Bewerbers zur Abgabe einer Verpflichtungserklärung vor Abschluss des Konzessionsvertrages und der Konzessionierung
 5. Erklärung der Bereitschaft zur Abgabe einer Verpflichtungserklärung der Mitarbeiter des Bewerbers vor Abschluss des Konzessionsvertrages und der Konzessionierung
 6. Angaben des Bewerbers als Einzelbewerber oder Gesellschaft über alle Beteiligungen Unterstützungen, Beratungen und Treuhandverträgen
 7. Angaben des Bewerbers über Beteiligungen, Unterstützungen, Beratungen und Treuhandverträgen der unmittelbaren und mittelbaren Gesellschafter
 8. Angaben der Organwalter des Bewerbers über Beteiligungen, Unterstützungen, Beratungen und Treuhandverträgen
 9. Angaben der Stellvertreter der Organwalter des Bewerbers über Beteiligungen, Unterstützungen, Beratungen und Treuhandverträgen
 10. Angaben des technischen Leiters, Hauptspielleiters, der Spielleiter, des Geldwäschebeauftragten, des Suchtpräventionsbeauftragten und des Jugend- und Spielerschutzbeauftragten des Bewerbers über Beteiligungen Unterstützungen, Beratungen und Treuhandverträge
 11. Angaben des jeweiligen Stellvertreters des technischen Leiters, Hauptspielleiters und der Spielleiter, des Geldwäschebeauftragten, des Suchtpräventionsbeauftragten und des Jugend- und Spielerschutzbeauftragten des Bewerbers über Beteiligungen, Unterstützungen, Beratungen und Treuhandverträge
 12. Angaben des Bewerbers zum Unterauftragnehmerinsatz
 13. Verfügbarkeitserklärung für Unterauftragnehmer
 14. Angaben der Unterauftragnehmer des Bewerbers über Beteiligungen, Unterstützungen, Beratungen und Treuhandverträge
 15. Angaben der Gesellschafter der Unterauftragnehmer des Bewerbers über Beteiligungen, Unterstützungen, Beratungen und Treuhandverträgen
 16. Angaben der Organwalter der Unterauftragnehmer des Bewerbers über Beteiligungen, Unterstützungen, Beratungen und Treuhandverträgen
 17. Angaben der Stellvertreter der Organwalter der Unterauftragnehmer des Bewerbers über Beteiligungen, Unterstützungen, Beratungen und Treuhandverträgen
 18. Erklärung der Geldinstitute des Bewerbers
 19. Erklärung des Bewerbers, bzgl. Insolvenzverfahren oder vergleichbarer Verfahren
 20. Erklärung des Bewerbers bzgl. Vereinbarung mit anderen Unternehmen
 21. Erklärung, des Bewerbers wegen anhängiger Delikte, polizeilichen Ermittlungen usw.
 22. Erklärung des Bewerbers bzgl. Beeinflussung, Irreführung, Auskunftszurückhaltung oder Täuschungen
 23. Erklärung der Bewerber- und ggf. Bietergemeinschaft sowie ggf. für die spätere Arbeitsgemeinschaft
 24. Verfügbarkeitserklärung des technischen Leiters des Bewerbers
 25. Verfügbarkeitserklärung des Hauptspielleiters des Bewerbers
 26. Verfügbarkeitserklärung der Spielleiter des Bewerbers
 27. Verfügbarkeitserklärung des Geldwäschebeauftragten des Bewerbers
 28. Verfügbarkeitserklärung des Suchtpräventionsbeauftragten des Bewerbers
 29. Verfügbarkeitserklärung des Jugend- und Spielerschutzbeauftragten des Bewerbers
 30. Verfügbarkeitserklärung des stellvertretenden technischen Leiters des Bewerbers
 31. Verfügbarkeitserklärung des stellvertretenden Hauptspielleiters des Bewerbers
 32. Verfügbarkeitserklärung des stellvertretenden Spielers des Bewerbers
 33. Verfügbarkeitserklärung des stellvertretenden Geldwäschebeauftragten des Bewerbers
 34. Verfügbarkeitserklärung des stellvertretenden Suchtpräventionsbeauftragten des Bewerbers
 35. Verfügbarkeitserklärung des stellvertretenden Jugend- und Spielerschutzbeauftragten des Bewerbers
 36. Erklärung des Bewerbers und gegebenenfalls der Gesellschafter zur Beantragung von Kontenschließungen
 37. Erklärung des Bewerbers bzgl. Internet Domains
 38. Erklärung des Bewerbers bzgl. der Buchführung
 39. Erklärung des Bewerbers und ggf. seiner Gesellschafter bzgl. der rechtmäßigen Herkunft der Finanzmittel
 40. Erklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz
 41. Schutzzerklärung zur Scientology-Organisation
 42. Benennung aller Geschäftsfelder, in denen der Bewerber die Gesellschaft und ihre Gesellschafter tätig sind und Darstellung der jeweils ausgeübten Tätigkeiten. Sofern die Gesellschafter Gesellschaften sind: Benennung aller Geschäftsfelder in denen die Gesellschaft und ihre Gesellschafter tätig sind und Darstellung der jeweils ausgeübten Tätigkeiten.
 43. Benennung der ggf. hinzu gezogenen Berater für die Erstellung der Bewerbung und die Benennung der Berater, die ggf. in der Angebotsphase hinzugezogen werden sollen.
 44. Darstellung der Organisations- und Personalstruktur des Bewerbers, insbesondere die Darstellung der verschiedenen Funktionen und Aufgabenbereiche.
 45. Benennung der Verantwortlichen des Bewerbers, insbesondere Organwalter sowie ihre Stellvertreter, Darstellung eines chronologischen Lebenslaufs und vollständige Kontaktdaten, und derjenigen, die für den Bewerber gegenüber der Konzessionsgeberin zur Vertretung berechtigt sind und derjenigen, die für den Betrieb des Hauptstandortes und der Dependancen im Falle des Abschlusses

- des Konzessionsvertrages und der Konzessionierung verantwortlich sein werden.
46. Angaben des Bewerbers über alle von ihm erteilten Vollmachten sowie deren Umfang.
 47. Angaben der Organwalter des Bewerbers über alle von ihnen erteilten Vollmachten.
 48. Schriftliche Darstellung der Erfahrungen – ohne Einrichtung, Umbau und Modernisierung – des Bewerbers von mindestens 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren beim Betrieb einer öffentlichen Spielbank mit Tischspielen und von Spielsälen mit automatisierten Spielgeräten und der Benennung der Standorte, an denen diese Erfahrungen gesammelt wurden, und der Funktion, die der Bewerber bezüglich der Spielbank und Spielsäle an diesen Standorten hatte.
 49. Schriftliche Darstellung der Berufsqualifikationen des Bewerbers sowie seiner Stellvertreter, im Falle einer Gesellschaft ihrer Geschäftsführer und Organwalter sowie deren Stellvertreter
 50. Schriftliche Darstellung der Erfahrungen des Bewerbers bei der Einrichtung oder dem Umbau oder Modernisierung von Spielbanken und Spielsälen aus den letzten 3 Jahren.
 51. Schriftliche Darstellung der Erfahrungen des Bewerbers im Umgang mit personenbezogenen Daten und den damit zusammenhängenden datenschutzrechtlichen Anforderungen.
 52. Schriftliche Darstellung der Erfahrungen des Bewerbers mit der Errichtung oder des Umbaus oder der Modernisierung und des Betriebs und der Wartung einer Videoüberwachungsanlage
 53. Schriftliche Darstellung der Erfahrungen des Bewerbers mit der Kontrolle des technischen Leiters des Hauptstandortes und der Dependancen sowie seines Stellvertreters
 54. Schriftliche Darstellung der Erfahrungen des Bewerbers mit der Kontrolle des Hauptspielleiters sowie seines Stellvertreters
 55. Schriftliche Darstellung der Erfahrungen des Bewerbers mit der Kontrolle des Geldwäschebeauftragten sowie seines Stellvertreters
 56. Schriftliche Darstellung der Erfahrungen des Bewerbers mit der Kontrolle des Suchtpräventionsbeauftragten sowie seines Stellvertreters
 57. Schriftliche Darstellung der Erfahrungen des Bewerbers mit der Kontrolle des Jugend- und Spielerschutzbeauftragten sowie seines Stellvertreters
 58. Angaben des Bewerbers, der Gesellschaft und ihrer Gesellschafter zu allen weiteren bis zum Zeitpunkt des Beginns des Konzessionsvertrages (voraussichtlich am 1. Januar 2020) voraussehbaren Aktivitäten, Genehmigungen, Zulassungen, Konzessionen oder ähnlichem im Bereich des Betriebs von Einrichtungen des Glücksspiels sowie Beteiligungen und Aktivitäten, die einen Interessenkonflikt zu dem Betrieb der öffentlichen Spielbank der Freien und Hansestadt Hamburg begründen können. Sofern keine Aktivitäten vorgesehen sind, ist dies ebenfalls ausdrücklich schriftlich zu erklären.
 59. Nachweis des Bewerbers, dass er bei einem Geldinstitut mit Sitz in der Europäischen Union oder mit Sitz in einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum im Falle des Vertragsschlusses frei von Rechten Dritter über
 - die Mittel Höhe von 800.000 Euro für das Abgabensicherheitskonto verfügt,
 - das Barkapital in Höhe von 3 Mio. Euro für die Einrichtung des Betriebskontos verfügt,
 - die Mittel in Höhe von 2 Mio. Euro für das Betriebssicherheitskonto verfügt,
 - die Mittel Höhe von 5 Mio. Euro für das Kapitalsicherheitskonto verfügt,
 - die Mittel Höhe von 800.000 Euro für das Lohnsicherheitskonto verfügt,
 - die Mittel Höhe von 1 Mio. Euro für das Spielgewinnsicherheitskonto verfügt.
 60. Nachweise des Bewerbers durch Erklärung des Finanzamtes oder einer gleichartigen Institution, woher die Mittel für das
 - Abgabensicherheitskonto
 - Betriebskonto
 - das Betriebssicherheitskonto
 - Kapitalsicherheitskonto
 - Lohnsicherheitskonto
 - Spielgewinnsicherheitskonto stammen.

9. Sonstige Hinweise

Bitte beachten Sie, dass die Konzessionsgeberin sich vorbehält, von den ausgewählten Bewerbern vor der Aufforderung zur Angebotsabgabe eine Verschwiegenheitserklärung zu fordern, deren Abgabe durch den ausgewählten Bewerber Voraussetzung dafür ist, dass ihm eine Aufforderung zur Angebotsabgabe übersandt wird (vgl. Ziffer 5.7.2 der Bewerbungs- und Angebotsbedingungen).

Zusätzlich verweisen wir hinsichtlich der Verschwiegenheit auf Ziffer 3.2 der Bewerbungs- und Angebotsbedingungen.

Rückfragen zu den Bewerbungsunterlagen oder zum Verfahren richten Sie bitte an das E-Mail-Postfach

ausschreibungen@polizei.hamburg.de.

Die ZVST wird zu Fragen Stellung nehmen; ggf. werden die Fragen (anonymisiert) und die entsprechenden Antworten unter www.hamburg.de/lieferungen-und-leistungen/ veröffentlicht. Die Bewerber sind verpflichtet, sich über mögliche Fragen und Antworten eigenständig zu informieren.

10. Veröffentlichung

Die sich auf diesen Teilnahmewettbewerb beziehende EU-Bekanntmachung wurde am 5. Februar 2018 in elektronischer Form abgesandt.

Hamburg, den 7. Februar 2018

Die Behörde für Inneres und Sport
– Polizei –

139

Auftragsbekanntmachung

Bauauftrag

Richtlinie 2014/24/EU

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name und Adressen

Freie und Hansestadt Hamburg
FB SBH | Schulbau Hamburg, Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n): Einkauf/Vergabe
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.hamburg.de
Telefax: +49/40/427 31 - 01 43

NUTS-Code: DE600
 Internet-Adresse(n):
 Hauptadresse: <http://www.hamburg.de/schulbau/>

I.2) **Gemeinsame Beschaffung**

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter:

<http://www.hamburg.de/ausschreibungen>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen.

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen.

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

ABSCHNITT II: GEGENSTAND

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

SBH VOB OV 017-18 TG – Neubau der STS Lurup, Flurstraße 15 in 22549 Hamburg – hier: Abdichtung & Balkonbeläge, Dachabdichtung.

Referenznummer der Bekanntmachung:
 SBH VOB OV 017-18 TG

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil:** 45214220

II.1.3) **Art des Auftrags**

Bauftrag

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Die Stadtteilschule Lurup erhält einen Ergänzungs-Neubau in Hamburg Lurup. Dieser Stadtteil befindet sich im Nordwesten von Hamburg. Der Neubau wird auf einem Grundstück entstehen, das bisher vom SV Lurup als Sportplatz (Jonny Arfert Sportplatz) genutzt wurde. Das Gebäude verfügt über ein Untergeschoss (U1) mit einer Einfachsporthalle und einer Zweifachsporthalle sowie Technik und Lagerräumen und drei Obergeschossen (E0, E1, E2). In den Obergeschossen sind unter anderem folgende Nutzungen vorgesehen: Unterrichtsräume, Lehrer- und Verwaltungszimmer, Mehrzweckhalle, Mensa mit Küche, Mediathek und eine Community School bestehend aus Jugend- und Stadtteilcafe und Seminarräumen. Das Gebäude ist terrassenförmig geplant, das heißt die Geschossflächen werden von Geschoss zu Geschoss kleiner.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

Wert ohne MwSt.: 1.313.000,- Euro

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: ja
 Angebote sind möglich für maximale Anzahl an Losen: 2

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Abdichtung, Beläge Balkone

Los-Nr.: 1

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

45261410, 45261300, 45261200

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE6

Hauptort der Ausführung:

Flurstraße 15 in 22549 Hamburg

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

- ca. 1440 m² auskragende Balkone, mit Kunststoffabdichtung, Gefälledämmung und Deckbelag aus Betonwerksteinplatten,
- ca. 1260 m² Brüstungsabdeckung mit Alu-Profilen,
- Außenentwässerung mit feuerverzinkten Stahlrohren.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien: Preis

II.2.6) **Geschätzter Wert**

Wert ohne MwSt.: 312.000,- Euro

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 5

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Voraussichtlicher Ausführungszeitraum:
 ca. Mai 2018 bis September 2018.

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Dachabdichtung

Los-Nr.: 2

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

45261410, 45261300, 45261200

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE6

Hauptort der Ausführung:

Flurstraße 15 in 22549 Hamburg

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

- Flachdach ca. 7000 m²,
- davon ca. 1723 m² Holzstahldach mit Kunststoffabdichtung und Gefälledämmung,
- Zusätzliche Extensivbegrünung ca. 2060 m² auf dem Stahldach, sowie auf dem Dach über EG,
- Attika- und Brüstungsabdeckung mit Alu-Profilen,
- Außenentwässerung mit feuerverzinkten Stahlrohren.

- II.2.5) Zuschlagskriterien
Die nachstehenden Kriterien: Preis
- II.2.6) Geschätzter Wert
Wert ohne MwSt.: 1.001.000,- Euro
- II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems
Laufzeit in Monaten: 5
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2.11) Angaben zu Optionen
Optionen: nein
- II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen
- II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein
- II.2.14) Zusätzliche Angaben
Voraussichtlicher Ausführungszeitraum:
ca. Mai 2018 bis September 2018.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) Teilnahmebedingungen

- III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:
Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer ODER:
Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift bzw. Nachweis des Eintrags in der Handwerkerrolle zum Nachweis der Fachkunde (gültig und den aktuellen Stand abbildend).
- III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:
– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer ODER:
– Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),
– Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate),
– Umsätze aus den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren gem. §6a EU Nr. 2c Satz 1 VOB/A. UND:
– gültige Freistellungsbescheinigung.
Möglicherweise geforderte Mindeststandards:
Der durchschnittliche Jahresumsatz über die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre, die

angegebenen werden, muss jeweils mindestens das Einfache der Schätzkosten der ausgeschriebenen Leistung je Los erreichen.

- III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit
Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:
– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer ODER mindestens 3 Referenzen gem. §6a EU Nr. 3a VOB/A zu vergleichbaren Leistungen – nicht älter als drei Jahre.
- III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen
- III.2) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:
- III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Beschreibung

- IV.1.1) Verfahrensart
Offenes Verfahren
- IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem
- IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs
- IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion
- IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)
Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja
- IV.2) **Verwaltungsangaben**
- IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren
- IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge
13. März 2018, 10,00 Uhr
- IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Anforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber
- IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:
Deutsch
- IV.2.6) Bindefrist des Angebots
Das Angebot muss gültig bleiben bis: 14. Mai 2018
- IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote
13. März 2018, 10,00 Uhr
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: Die Öffnung der Angebote ist NICHT öffentlich.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**VI.3) Zusätzliche Angaben:**

Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:

<http://www.hamburg.de/bauleistungen/>

Hinter dem Wort „LINK“ sind dort die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung pro Los zum Download kostenfrei hinterlegt.

Es erfolgt KEIN VERSAND der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

Fragen und Antworten während des Verfahrens werden ebenfalls auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform bekannt gemacht. Ein Versand per E-Mail erfolgt NICHT.

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/4 27 31 - 04 99

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1-4 GWB unzulässig, soweit.

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat;
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

SBH | Schulbau Hamburg, Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.hamburg.de
Telefax: +49/40/4 27 31 - 01 43

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

11. Januar 2018

Hamburg, den 6. Februar 2018

Die Finanzbehörde

140

**Auftragsbekanntmachung Bauauftrag
Richtlinie 2014/24/EU**

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER**I.1) Name und Adressen**

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg, Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):
Einkauf/Vergabe
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.hamburg.de
Telefax: +49/40/4 27 31 - 01 43

NUTS-Code: DE600

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.hamburg.de/schulbau/>

I.2) Gemeinsame Beschaffung**I.3) Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <http://www.hamburg.de/ausschreibungen>.

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen.

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen.

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

ABSCHNITT II: GEGENSTAND**II.1) Umfang der Beschaffung****II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:**

SBH VOB OV 019-18 TG – Sanierung und Erweiterung der Stadtteilschule Richard-Linde-Weg, hier: Freianlagen

Referenznummer der Bekanntmachung:
SBH VOB OV 019-18 TG

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

45214220

- II.1.3) Art des Auftrags
Bauftrag
- II.1.4) Kurze Beschreibung:
Die Freie und Hansestadt Hamburg SBH beabsichtigt einen Schulneubau für die Stadtteilschule am Standort Richard-Linde-Weg 49 in Hamburg Bergedorf zu errichten.
Die Organisation der Richard-Linde-Weg Stadtteilschule erfolgt 5-zügig für die Klassen 5-10 und 2-zügig Klasse 11-13.
Der Abbruch, die Errichtung der Neubauten und die Sanierung der Außenanlage werden in 3 Bauabschnitten bei laufendem Schulbetrieb erfolgen. Vor Abbruch erfolgt eine Schadstoffsanierung der Abbruchgebäude. Nach Fertigstellung der Neubauten werden die restlichen Gebäude abgebrochen und die Flächen wieder hergerichtet.
Im Nordwesten befindet sich Aula und Mensa und im Nordosten 2 Sporthallen, welche bestehen bleiben.
- II.1.5) Geschätzter Gesamtwert
Wert ohne MwSt.: 160.000,- Euro
- II.1.6) Angaben zu den Losen
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.2) Beschreibung**
- II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:
- II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)
45112500, 45112710
- II.2.3) Erfüllungsort
NUTS-Code: DE600
Hauptort der Ausführung:
Richard-Linde-Weg 49 in 21033 Hamburg.
- II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:
Herstellung von ca. 700 m² Pflasterflächen und ca. 870 m² Grünflächen, mit ca. 15 Bäumen einschließlich der dafür notwendigen Erdarbeiten.
Einbau von ca. 3 Sitzelementen aus Beton, ca. 61 Fahrradbügeln und ca. 5 Mastleuchten.
- II.2.5) Zuschlagskriterien
Die nachstehenden Kriterien: Preis
- II.2.6) Geschätzter Wert
Wert ohne MwSt.: 160.000,- Euro
- II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems
Laufzeit in Monaten: 3
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2.11) Angaben zu Optionen
Optionen: nein
- II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen
- II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein
- II.2.14) Zusätzliche Angaben
Voraussichtlicher Ausführungszeitraum:
ca. August 2018 bis November 2018.
- ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN**
- III.1) Teilnahmebedingungen**
- III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:
Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer oder:
Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift bzw. Nachweis des Eintrags in der Handwerkerrolle zum Nachweis der Fachkunde (gültig und den aktuellen Stand abbildend).
- III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:
– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer oder:
– Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate).
– Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate)
– Umsätze aus den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren gem. § 6a EU Nr. 2c Satz 1 VOB/A und:
– gültige Freistellungsbescheinigung.
Möglicherweise geforderte Mindeststandards:
Der durchschnittliche Jahresumsatz über die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre, die angegeben werden, muss mindestens das Einfache der Schätzkosten der ausgeschriebenen Leistung erreichen.
- III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit
Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:
– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer oder mindestens 3 Referenzen gem. § 6a EU Nr. 3a VOB/A zu vergleichbaren Leistungen – nicht älter als 3 Jahre.
- ABSCHNITT IV: VERFAHREN**
- IV.1) Beschreibung**
- IV.1.1) Verfahrensart
Offenes Verfahren

- IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem
- IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs
- IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion
- IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)
Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja
- IV.2) Verwaltungsangaben**
- IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren
- IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge
Tag: 13. März 2018, 11.00 Uhr
- IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Anforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber
- IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:
Deutsch
- IV.2.6) Bindefrist des Angebots
Das Angebot muss gültig bleiben bis: 15. Mai 2018
- IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote
Tag: 13. März 2018, 11.00 Uhr
Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg.
Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: Die Öffnung der Angebote ist nicht öffentlich.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**
- VI.3) Zusätzliche Angaben:**
Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:
<http://www.hamburg.de/bauleistungen/>
Hinter dem Wort „Link“ sind dort die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.
Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.
Fragen und Antworten während des Verfahrens werden ebenfalls auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform bekannt gemacht. Ein Versand per E-Mail erfolgt nicht.
Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.
Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG

im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren
Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/42731-0499

- VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

- VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1-4 GWB unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat;
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

- VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt
SBH | Schulbau Hamburg, Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.hamburg.de
Telefax: +49/40/42731-0143

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

6. Februar 2018

Hamburg, den 9. Februar 2018

Die Finanzbehörde

141

Auftragsbekanntmachung Bauauftrag Richtlinie 2014/24/EU

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name und Adressen

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg, Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

<p>Kontaktstelle(n): Einkauf/Vergabe E-Mail: vergabestellesbh@sbh.hamburg.de Telefax: +49/40/42731-0143 NUTS-Code: DE600 Internet-Adresse(n): Hauptadresse: http://www.hamburg.de/schulbau/</p>	<p>II.2) Beschreibung</p>
<p>I.2) Gemeinsame Beschaffung</p>	<p>II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:</p>
<p>I.3) Kommunikation Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: http://www.hamburg.de/ausschreibungen. Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen. Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen.</p>	<p>II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s) 45223220, 45262310, 45262311</p>
<p>I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers Regional- oder Kommunalbehörde</p>	<p>II.2.3) Erfüllungsort NUTS-Code: DE600 Hauptort der Ausführung: Schulenburgring 4 in 21031 Hamburg.</p>
<p>I.5) Haupttätigkeit(en) Allgemeine öffentliche Verwaltung</p>	<p>II.2.4) Beschreibung der Beschaffung: Da der Schulbetrieb erhalten werden muss, wird das gesamte Gebäude in 3 Bauabschnitten über einen Zeitraum von ca. 3 Jahren saniert. Nach erfolgter Fertigstellung des 1. Bauabschnitts im Mai 2018 sollen die Sanierungsarbeiten für den 2. und 3. Bauabschnitt anlaufen. Die Beendigung der Sanierung des Gebäudes insgesamt ist zum August 2019 geplant. Leistungsumfang: – ca. 80 m² Abbruch von Stahlbetonwänden, – ca. 3 m³ Streifenfundamente, – ca. 50 m³ Oberboden auskoffern, – ca. 80 m³ Füllboden einbringen, – ca. 13 m³ Ort beton in Kleinbereichen, – ca. 200 m Estrich linear schließen, – ca. 0,75 t Betonstahlmatten einbauen, – ca. 0,75 t Betonstabstahl einbauen, – ca. 80 m obere Wandanschlüsse an Deckenkonstruktionen erneuern, – ca. 3 t Stahl-Tragwerk für ein Vordach herstellen, – ca. 200 kg Stahlabfangungen für neue Dach-Lichtkuppeln, – ca. 120 m² Abstützungen für Stahlbetonaußenwände für Abbruch, – ca. 25 m Beton-Winkelstützen stellen, 1,80 m x 1,55 m x 0,20 m, – ca. 1 Stck. Stahlbetonwandverstärkung, – ca. 117 m² Mauerwerkswände demontieren, – ca. 12 m² Mauerwerk, – 5 Türöffnungen erstellen, – ca. 130 m Streifen Porenbeton aufmauern, – ca. 1 700 kg Stahlabfangungen für neue Lichtkuppeln, – ca. 470 kg Befestigungsmittel für Stahlkonstruktionen, – ca. 250 Kernbohrungen, 150 mm, – ca. 60 Kernbohrungen, 200 mm-250 mm, – ca. 180 Stahlbeton-Deckendurchbrüche schließen, 0,1 m²- 0,15 m², – ca. 160 Stahlbeton-Deckendurchbrüche schließen, 0,12 m² - 0,8 m², – ca. 250 m Wandschlitze schließen, 40x20 mm, – 12 Rollgerüste, 6,0 m²; Raumhöhe 4,25 m, – diverse Kleinarbeiten.</p>
ABSCHNITT II: GEGENSTAND	
<p>II.1) Umfang der Beschaffung</p>	
<p>II.1.1) Bezeichnung des Auftrags: SBH VOB OV 020-18 TG – Schulenburgring 4, 21031 Hamburg, Sanierung des Gymnasium Bornbrook – hier: Rohbau und Stahlbau Referenznummer der Bekanntmachung: SBH VOB OV 020-18 TG</p>	
<p>II.1.2) CPV-Code Hauptteil 45214220</p>	
<p>II.1.3) Art des Auftrags Bauftrag</p>	
<p>II.1.4) Kurze Beschreibung: Das Gymnasium befindet sich im Stadtteil Hamburg-Bergedorf. Auf dem Schulgrundstück befinden sich acht Gebäude. Das zu sanierende Hauptgebäude hat eine Fläche von ca. 7545 m² und beinhaltet Klassenräume, Mensa und Verwaltung. Die Baustelleneinrichtung ist (ohne Fahrzeuge) auf dem Schulgelände geplant. Das dreigeschossige, im Splitt-Level-Prinzip angeordnete Gebäude ist während der gesamten Sanierungsmaßnahme im schulalltäglichen Betrieb, lediglich die zu sanierenden Bereiche werden beräumt. Der Unterricht wird übergangsweise in provisorische Schulungscontainer verlegt, die im nordöstlichen Bereich des Schulhofes aufgestellt werden. Während der Schulzeit verkehren auf dem Gelände ca. 900 Schüler und 80 Lehrkräfte.</p>	
<p>II.1.5) Geschätzter Gesamtwert Wert ohne MwSt.: 139.000,- Euro</p>	
<p>II.1.6) Angaben zu den Losen Aufteilung des Auftrags in Lose: nein</p>	<p>II.2.5) Zuschlagskriterien Die nachstehenden Kriterien: Preis</p>

- II.2.6) Geschätzter Wert
Wert ohne MwSt.: 139.000,- Euro
- II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems
Laufzeit in Monaten: 9
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2.11) Angaben zu Optionen
Optionen: nein
- II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen
- II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein
- II.2.14) Zusätzliche Angaben
Voraussichtlicher Ausführungszeitraum:
in Bauabschnitten von ca. Juni 2018
bis August 2018 und von ca. Februar 2019
bis Ende März 2019

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) Teilnahmebedingungen

- III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:
Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer oder:
Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift bzw. Nachweis des Eintrags in der Handwerkerrolle zum Nachweis der Fachkunde (gültig und den aktuellen Stand abbildend).
- III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:
– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer oder:
– Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate).
– Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate)
– Umsätze aus den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren gem. § 6a EU Nr. 2c Satz 1 VOB/A und:
– gültige Freistellungsbescheinigung.
Möglicherweise geforderte Mindeststandards:
Der durchschnittliche Jahresumsatz über die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre, die angegebenen werden, muss mindestens das Ein-

fache der Schätzkosten der ausgeschriebenen Leistung erreichen.

- III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit
Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:
– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer oder mindestens 3 Referenzen gem. § 6a EU Nr. 3a VOB/A zu vergleichbaren Leistungen – nicht älter als 3 Jahre.

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Beschreibung

- IV.1.1) Verfahrensart
Offenes Verfahren
- IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem
- IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs
- IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion
- IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)
Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) Verwaltungsangaben

- IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren
- IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge
Tag: 13. März 2018, 11.30 Uhr
- IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber
- IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:
Deutsch
- IV.2.6) Bindefrist des Angebots
Das Angebot muss gültig bleiben bis: 14. Mai 2018
- IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote
Tag: 13. März 2018, 11.30 Uhr
Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg.
Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: Die Öffnung der Angebote ist nicht öffentlich.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:

<http://www.hamburg.de/bauleistungen/>

Hinter dem Wort „Link“ sind dort die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.

Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

Fragen und Antworten während des Verfahrens werden ebenfalls auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform bekannt gemacht. Ein Versand per E-Mail erfolgt nicht.

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/42731-0499

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1-4 GWB unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat;
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

SBH | Schulbau Hamburg, Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.hamburg.de
Telefax: +49/40/42731-0143

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung: 6. Februar 2018

Hamburg, den 9. Februar 2018

Die Finanzbehörde

142

Öffentliche Ausschreibung

- a) SBH | Schulbau Hamburg,
Einkauf/Vergabe,
Ausschreibungsmanagement VOB (U 42)
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/42731-0143,
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Internet:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
Vergabenummer: **SBH VOB ÖA 029-18 AS**
Regerstraße 21-25, hier: Gerüstbauarbeiten
- c) Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.
Es werden nur schriftliche Angebote (in Papierform) akzeptiert.
- d) Ausführung von Bauleistungen
- e) Regerstraße 21-25 in 22761 Hamburg.
- f) Das Gebäude Haus 08 befindet sich auf dem weitläufigen Schulgelände der Stadteilschule Bahrenfeld an der Regerstraße 21-25. Das Haus wurde in den 20er-Jahren des vorherigen Jahrhunderts errichtet und verfügt über eine Putzfassade mit punktuellen Stuckelementen, bzw. horizontalen Gesimsbändern. Gegliedert ist das Gebäude in Keller-, Erd-, Ober- und Dachgeschoss. Die Maßnahme beinhaltet die Sanierung der Außenfassade, des Daches sowie einiger Räume im Inneren. Im Fassadenbereich wird die Farbe entfernt und eine fachgerechte Rissanierung durchgeführt sowie loses Mauerwerk ausgebessert. Im Anschluss erhält die Fassade einen komplett neuen Anstrich. Stuck- und Dekorelemente werden überarbeitet. Ein Großteil der Fenster wird abgebrochen und erneuert. Das Dach wird bis auf die Sparren abgetragen und fachgerecht entsorgt. Eine bislang fehlende Dampfsperre wird ergänzt, die Lattung komplett erneuert und große Teil des Daches neu gedämmt. Das ganze Dach erhält eine neue Eindeckung. Mangelhafter Brandschutz und Raummodifizierungen begründen notwendige Umbaustritte im Inneren des Gebäudes. Die Baumaßnahme umfasst die vollständige Sanierung des Gebäudes. Die BGF des Gebäudes beträgt ca. 1.700 m². Die Baustelle ist über die Feuerwehrezufahrt an der Regerstrasse unabhängig vom Schulbetrieb anfahrbar.
Hier: Gerüstbauarbeiten
 - Fassadengerüste inkl. Dachdeckerfang, Planen und weiterer Leistungen
 - Gerüste aufbauen, während der Bauzeit vorhalten und nach Abschluss der Dach- und Fassadensanierung abbauen

HINWEIS: Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer mög-

lichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

- g) Entfällt
- h) Aufteilung in Lose: nein
- i) Beginn der Ausführung: ca. April 2018
Fertigstellung oder Dauer der Ausführung: ca. September 2018
- j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- k) Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen und die Fragen und Antworten finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:
<http://www.hamburg.de/bauleistungen/>
Hinter dem Wort „LINK“ sind dort die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.
Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.
Die Bekanntmachung sowie die Fragen und Antworten während des Verfahrens finden Sie zudem auf der Homepage des Landesbetriebes SBH | Schulbau Hamburg unter:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
Ein Versand der Fragen und Antworten per E-Mail erfolgt nicht.
- l) Entfällt – es erfolgt kein Versand der Unterlagen.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 2. März 2018 um 10.00 Uhr eingereicht werden.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten (und/oder ggf. elektronisch zu übermitteln) sind:
SBH | Schulbau Hamburg,
Einkauf/Vergabe,
Ausschreibungsmanagement VOB (U 42)
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
- p) Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Ablauf der Angebotsfrist 2. März 2018 um 10.00 Uhr.
Öffnungstermin an der Anschrift der lit. o): 2. März 2018 um 10.00 Uhr.
Bei der Öffnung der Angebote dürfen Bieter und ihre Bevollmächtigten anwesend sein.
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen.
- t) Die Rechtsform der Bietergemeinschaft nach der Auftragserteilung muss sein eine gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) **Präqualifizierte Unternehmen** führen den Eignungsnachweis durch ihren Eintrag in die Liste des „Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V.“ (sog. Präqualifikationsverzeichnis). Beim Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesondertes Verlangen deren Präqualifikation nachzuweisen.
Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Eignungsnachweis bestimmte Eigenerklärungen auf dem gesonderten Formblatt „Eignung“ der Vergabeunterlagen abzugeben. Von den Bietern der engeren Wahl sind die Eigenerklärungen auf Verlangen durch (ggf. deutschsprachig übersetzte) Bescheinigungen zu bestätigen.
Darüber hinaus sind zum Nachweis der Eignung weitere Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A im Wege eines Einzelnachweises zu machen.

Die einzelnen Eignungsnachweise sind dem Formblatt „Eignung“ der Vergabeunterlagen zu entnehmen.
Der Vordruck „Eignung“ mit allen geforderten Erklärungen und Nachweisen ist unterschrieben zusammen mit dem Angebot vorzulegen.

- v) Die Bindefrist endet am 3. April 2018.
- w) Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A):
SBH | Schulbau Hamburg, Dr. Udo Franz,
Bereichsleiter Unternehmensentwicklung
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 - 01 37
- x) Zuschlagskriterien:
Die Zuschlagskriterien sind dem Formblatt „Aufforderung Angebotsabgabe“ der Vergabeunterlagen zu entnehmen.
- y) Anfragen von Bietern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf den folgenden Homepages veröffentlicht:
Zentrale Veröffentlichungsplattform:
<http://www.hamburg.de/bauleistungen>
und Homepage des Landesbetriebes SBH | Schulbau Hamburg:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
- z) Weitere Verfahrenshinweise:
Informationen werden per Post, Telefax oder elektronisch übermittelt.

Hamburg, den 9. Februar 2018

Die Finanzbehörde

143

Offenes Verfahren (EU) (VgV)

Verfahren: 2017000224 – Glas- und Gebäudereinigung in der Grundschule Fahrenkrön, Fahrenkrön 115, 22179 Hamburg ab dem 18. Juni 2018

Auftraggeber: Finanzbehörde Hamburg

- A) Name und Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind
Finanzbehörde Hamburg,
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland
- B) Art der Vergabe
Offenes Verfahren (EU) [VgV]
- C) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind
Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen.
- D) Art und Umfang der Leistung sowie der Ort der Leistung
Ausgeschrieben wird die Glas- und Gebäudereinigung in der Grundschule Fahrenkrön, Fahrenkrön 115, 22179 Hamburg, ab dem 18. Juni 2018 bis auf Weiteres. Die Fläche der Unterhaltsreinigung (Los 1) beträgt etwa 4100 m², die Fläche der Glasreinigung (Los 2) etwa 1350 m². Ort der Leistungserbringung: 22179 Hamburg.
- E) Entfällt
- F) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten
Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- G) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist
Vom 18. Juni 2018 bis auf Weiteres.

- H) Die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können
Submissionssstelle Finanzbehörde Hauptgeschäftsstelle
Gänsemarkt 36 (Raum 100), 20354 Hamburg
Telefon: +49/40/42823-1380
Telefax: +49/40/42731-0747
- I) Die Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist
Teilnahme- oder Angebotsfrist:
23. Februar 2018, 10.00 Uhr, Bindefrist: 15. Juni 2018
- J) Entfällt
- K) Entfällt
- L) Entfällt
- M) Entfällt
- N) Die Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden
Freie Verhältniswahl Preis/Leistung.

Hamburg, den 15. Februar 2018

Die Finanzbehörde

144

Öffentliche Ausschreibung (UVgO)

Verfahren: 2017000211 – Anmietung und Wartung von 35 Stück Tafelwasser-Zapfanlagen, Lieferung und Service von CO₂ in Druckbehältern sowie die Lieferung, Montage und Wartung von Gaswarnanlagen

Auftraggeber: Finanzbehörde Hamburg

- A) Name und Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind
Finanzbehörde Hamburg,
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland
- B) Art der Vergabe
Öffentliche Ausschreibung [UVgO]
- C) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind
Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen.
- D) Art und Umfang der Leistung sowie der Ort der Leistung
Es handelt sich bei dieser Ausschreibung um die Anmietung und Wartung von 35 Stück Tafelwasser-Zapfanlagen, Lieferung und Service von CO₂ in Druckbehältern sowie die Lieferung, Montage und Wartung von 38 Stück Gaswarnanlagen. Diese Dienstleistung ist für die Finanzämter Hamburg und findet in 9 unterschiedlichen Standorten in Hamburg statt.

- E) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose
Die Vergabe erfolgt in 3 Fachlosen.
- F) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten
Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- G) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist
Vom 1. Juni 2018 bis 31. Mai 2020 mit zwei Verlängerungsoptionen um jeweils ein Jahr, also bis spätestens 31. Mai 2022.
- H) Die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können
Finanzbehörde Hamburg
Organisation und Zentrale Dienste
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg
Telefon: +49/40/42823-1386
Telefax: +49/40/42731-0686
Sie haben die Möglichkeit der elektronischen Angebotsabgabe. Weitere Informationen und diese Bekanntmachung finden Sie unter: <http://www.hamburg.de/fb/>
- I) Die Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist
Teilnahme- oder Angebotsfrist:
15. März 2018, 10.00 Uhr, Bindefrist: 31. Mai 2018
- J) Entfällt
- K) Die wesentlichen Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind
Es finden die Bestimmungen der Hamburgischen Zusatzlichen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen sowie der Leistungsbeschreibung Anwendung.
- L) Die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die die Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters verlangen
E1 – Eigenerklärung zur Eignung; E2 – Aussagefähige Referenzen über Bisher durchgeführte Leistungen ähnlicher Art und ähnlichen Umfangs der letzten drei Jahre; E3 – Erklärung der Bietergemeinschaft (nur erforderlich bei Bietergemeinschaften); E4 – Zertifikat über die erforderlichen Fachkenntnisse zur Prüfung der Getränkechankanlage.
- M) Sofern verlangt, die Höhe der Kosten für Vervielfältigung der Vergabeunterlagen bei Öffentlichen Ausschreibungen
- N) Die Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden
Freie Verhältniswahl Preis/Leistung

Hamburg, den 12. Februar 2018

Die Finanzbehörde

Amtl. Anz. S. 145